

IBS – INFO- UND BILDUNGSSTELLE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS



IBS – INFO- UND BILDUNGSSTELLE GEGEN RECHTS-EXTREMISMUS

DIE ARBEIT DER IBS

Die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016, die Terroranschläge, die politischen Folgen, die Polarisierung der Gesellschaft, der Aufstieg des Rechtspopulismus ... Das waren Stichworte, die in vielen politischen Jahresrückblicken der Medien fielen. Sie prägten aber auch ganz wesentlich das Geschehen bei der ibs im Jahr 2016.

» Die extrem rechte Szene in Köln und im Umland

Die verstärkte Zuwanderung Geflüchteter nach Deutschland löste Diskussionen um Sicherheit und andere Herausforderungen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden aus. Sie gingen einher mit einer massiven rassistischen Agitation gegen Geflüchtete und gegen das Recht auf Asyl. Das zeigte sich im Jahr 2016 nicht nur in Hass-Postings in den sozialen Netzwerken, sondern auch in den laut Landesregierung rund 500 Angriffen auf Unterkünfte und weiteren flüchtlingsfeindlichen Straftaten in NRW sowie in öffentlichen Auftritten der extremen Rechten. Die ibs hat zu diesem Bereich ein eigenes Monitoring angestrengt. Demnach gab es im Regierungsbezirk Köln 29 rechtsextreme Demonstrationen und Kundgebungen zum Thema (im Stadtgebiet Köln: 14).



Die extreme Rechte versammelt sich zu flüchtlingsfeindlichen Protesten bei PEGIDA NRW in Köln am 9.01.2016.

Seit den Ereignissen der Silvesternacht 2015/16, bei der es in der Kölner Innenstadt zu massiver sexualisierter Gewalt gegen Frauen gekommen war, fühlt sich die rechte Szene in ihrer Haltung bestärkt und versucht, ein erhöhtes Mobilisierungspotenzial zu entfalten. Kurz nach den Übergriffen formierten sich in Köln »Bürgerwehren«, die in der Innenstadt auf Menschenjagd gingen. Dabei wurden Personen, die als »ausländisch« gesehen wurden, angegriffen und verletzt. Wegen der Ereignisse mobilisierte PEGIDA NRW im Januar zu einer Demonstration nach Köln. Unter den ca. 1.500 Teilnehmenden befanden sich sämtliche Spektren der extremen Rechten: von militanten Neonazis über zahlreiche rechte Hooligans, die NPD (die zum »Jahrestag« am 31. Dezember 2016 eine Kundgebung vor dem Dom angemeldet hatte) bis zu den »pro«-Parteien.



Letztere war 2016 allerdings immer noch von der bereits im Jahr zuvor erfolgten Spaltung gezeichnet, sodass in Köln ihre Aktivitäten im Jahr 2016 weiter zurückgingen. Gleichwohl verfügen beispielsweise »pro NRW« und »pro Deutschland/pro Köln« im Regierungsbezirk Köln über arbeitsfähige Strukturen. Eine Großkundgebung türkischer Gruppen anlässlich des gescheiterten Putsches in der Türkei nahm »pro NRW« Ende August/Anfang September zum Anlass, mehrmals auf die Straße zu gehen.

Während die PEGIDA-Bewegung 2016 in Köln selbst (bis auf die Januar-Aktion) keine eigenen »Spaziergänge« mehr durchführte, gab es eine Demonstration in Linnich (Kreis Düren) und eine in Erkelenz (Kreis Heinsberg) unter dem Label »Bürger stehen auf«. Der neonazistische Charakter konnte damit kaum kaschiert werden, das gesellschaftlich vorhandene Potenzial der »Wutbürger/innen« ließ sich von diesem Spektrum daher nur bedingt erreichen. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Teilnehmenden sowohl bei den »pro«-, als auch bei den »Bürger«-Veranstaltungen vielfach von einem Hooligan-Stil geprägt waren, der im extrem rechten Milieu seit den Kölner HoGeSa-Kundgebungen 2014 und 2015 wieder populärer geworden ist.



Schmierereien im Blücherpark im Januar 2016.

Im Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn veranstaltete die »Identitäre Aktion« eine Reihe von Kleinkundgebungen und anlässlich des gewaltsamen Todes eines Jugendlichen in Bad Godesberg eine Demonstration. Die Kampagnen der »Identitären« waren aber auch in Köln präsent. So wurden im Rahmen der Aktion »Ein Volk hilft sich selbst« im Dezember 2016 Obdachlose versorgt. Die Botschaft dahinter: »Die da oben« kümmern sich nur um »Ausländer« während »Angehörige des deutschen Volkes« alleingelassen werden.

Auf Seiten der militanten Neonazi-Szene war es wieder vor allem der Kreisverband von »Die Rechte Rhein-Erft«, der auch 2016 mit vielen Kleinkundgebungen und internen Veranstaltungen, unter anderem mit der notorischen Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck, auf sich aufmerksam machte. Daneben zeigte sich die 2015 ins Leben gerufene Gruppe »Köln für deutschen Sozialismus« mit Propagandaaktionen und der Beteiligung an überregionalen Aktivitäten. Der Name bezieht sich in der Abkürzung »KDS« auf die verbotene Kölner Kameradschaft, die zeitweilig auch als Ortsgruppe des Kampfbunds Deutscher Sozialisten (KDS) firmierte.

» Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus

Für den Herbst 2016 planten sowohl das »Compact«-Magazin als auch »Querdenken TV« einen Kongress in Köln bzw. in der Nähe Kölns. Beide Organisationen entstammen dem breiten Spektrum der Verschwörungstheoretiker/innen, das zahlreiche Schnittmengen zur extremen Rechten aufweist und in denen auch antisemitische Überzeugungen zu finden sind. Die Compact-Konferenz fiel aufgrund der Absage des anvisierten Veranstaltungsortes Sartory-Säle aus. Stattdessen wurde dort ein antirassistisches Benefiz-Kulturfestival durch-

geführt. Die Querdenken-Veranstaltung wurde jedoch (bei einer Distanzierung der Geschäftsführung des Veranstaltungsortes) in Bergheim durchgeführt. In beiden Fällen war die ibs beratend tätig und veranstaltete begleitend eine kleine Tagung zu Verschwörungsideologien.



Antirassistisches Festival in den Sartory-Sälen am 29. Oktober 2016.

Die ibs informierte gemäß ihres Auftrags nicht nur im Rahmen von Veranstaltungen, sondern auch im Internet (beispielsweise in den umfangreichen und halbjährlich aktualisierten »Vor Ort«-Berichten) und im monatlichen Newsletter umfangreich über die extreme Rechte. Die aus den beispielhaft genannten Aktivitäten erwachsenden Anforderungen wurden 2016 erneut von einem bewährten Team, bestehend aus Hans-Peter Killguss (Leiter der ibs), Patrick Fels (Projekt »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus«, s.u.) sowie Ilja Gold und Carolin Hesidenz (Projekt »Begleitung und Qualifizierung« s. u.) aufgegriffen.

Das Feld, auf dem die ibs angefragt wird, ist inzwischen jedoch unübersichtlicher geworden. So sind neue Akteure in Parteiform aufgetreten, die weithin als rechtspopulistisch bezeichnet werden, deren genaue politische Verortung aber in der Wissenschaft und der politischen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird. Mit den rassistischen, islamfeindlichen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen, die aus diesem Spektrum kommen, setzen sie einerseits auf Zustimmung extrem rechts orientierter Personen. Sie vereinen jedoch verschiedene Strömungen und distanzieren sich verbal vom Rechtsextremismus. Als sogenannte catch-all-Partei bedienen sie gleichermaßen das konservative wie auch das sozialdemokratische Milieu und versuchen, sich so in der demokratischen Parteienlandschaft zu etablieren. Sie stellen damit die wesentlichen Herausforderungen in den kommenden Jahren dar.

Ein Potenzial für diese Gruppen ist auf jeden Fall vorhanden. Das zeigen nicht nur diverse Wahlerfolge, sondern auch die im Jahr 2016 veröffentlichten »Mitte«-Studien der Universitäten Leipzig und Bielefeld. Sie stellen zwar keinen Anstieg an geschlossen rechtsextremen Einstellungen insgesamt fest, trotzdem hat die Ablehnung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen wie Muslimen, Sinti und Roma, Asylsuchenden und Homosexuellen zugenommen. Personen mit menschenfeindlicher Einstellung seien zudem immer mehr bereit, zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt anzuwenden. Es handelt sich dabei vielfach um Menschen, die das Vertrauen in demokratische Institutionen verloren haben und sich vom politischen System nicht repräsentiert sehen. Diese Beobachtung bestätigt sich in den Beobachtungen der ibs.

» Breite Themenpalette

Entsprechend waren die Themen »Rechtspopulismus«, »rassistische Hetze gegen Geflüchtete« und »Hass im Netz« in allen Bildungsformaten der ibs stark gefragt. Dabei spielte auch die Thematisierung rechtsextremer Gewalt eine Rolle. Im Vorfeld des vom NS-Dokumentationszentrum unterstützten Birlikte-Festivals, das 2016 durch den Streit um eine Podiumsdiskussion mit dem AfD-Politiker Konrad Adam geprägt wurde, gab es im NS-DOK den Ratschlag von »Köln stellt sich



Hans-Peter Killguss und Mehmet Daimagüler im Kölner Domforum am 31. Mai 2016.

quer«. Die ibs lud zu der Podiumsdiskussion »Rassistische Gewalt und rechter Terror« ein und im Domforum sprach Hans-Peter Killguss mit Mehmet Daimagüler zu der Frage »Von der Keupstraße bis zum Reker-Attentat – Wie groß ist unser Problem mit dem Rechtsextremismus?«.

Weitere Beispiele aus dem Vortragsjahr, die die **große Bandbreite der ibs und die Vielzahl an Kooperationen** zeigen: Im Januar referierte Markus End im Kölner Flüchtlingszentrum Fliehkraft zum Thema »Gute Flüchtlinge – schlechte Flüchtlinge? Zur medialen und politischen Kategorisierung von Schutzsuchenden« (in Zusammenarbeit mit dem Kölner Flüchtlingsrat). Im März besuchten über 300 Interessierte im Rautenstrauch-Joest-Museum die Podiumsdiskussion »Flucht in eine neue Welt...«, bei der **Thomas Gebauer, Britta Rabe, Georg Restle** und **Dr. Muriel González über** globale Migration und ihre Ursachen, Willkommenskultur und Rassismus diskutierten (in Zusammenarbeit mit der VHS, der AWO, kmii und recherche international e.V.). Im Mai sprachen Jonas Gabler und Richard Gebhardt in der Kneipe LOTTA über »HoGeSa, PEGIDA & Co. im Fußball« (in Kooperation mit der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.). Im Juni stellte Philipp Grehn seine Forschungen über die Reorganisation der extremen Rechten in den 1950er- und 1960er-Jahren vor. Im November war Ibrahim Arslan, der als Siebenjähriger einen Brandanschlag überlebte, den Rechtsextreme 1992 auf das Haus seiner Familie in Mölln ausgeübt hatten, im NS-Dokumentationszentrum zu Gast. Er ging der Frage nach, warum um das Gedenken an die Opfer rechter Gewalt immer wieder gerungen werden muss (in Zusammenarbeit mit der Initiative »Keupstraße ist überall«).

Eine Form der Erinnerung stellt das Denkmal zu den NSU-Anschlägen in Köln dar. Der gemeinsam mit den Opfern sowie Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung gestaltete Prozess zur Entwicklung eines Entwurfs wurde vom NS-DOK koordiniert und begleitet (s. S. 123). Die ibs brachte hierbei ihre Erfahrung und Expertise ein. Diese war auch bei einem von

Hans-Peter Killguss und Patrick Fels erstellten Gutachten zum Tatort Köln für den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages gefragt.

Einen Höhe- wie auch Arbeitsschwerpunkt stellten **zwei Tagungen im Herbst** dar. Unter dem Titel »Ideen und Praxen der Ungleichheit« wurden Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleiches von Islamismus und Rechtsextremismus diskutiert. Beide Phänomene stellen zentrale Bedrohungen für demokratisch verfasste Gesellschaften dar, beide weisen eine ähnliche – kulturell, ethnisch und/oder religiös geprägte – Kollektividentität auf und beide entwickeln ähnliche Feindbilder. Nichtsdestotrotz gibt es auch wesentliche Unterschiede im Entstehungskontext oder in der Struktur der Bewegungen. Die Referierenden berührten jedoch nicht nur die militanten Erscheinungsformen, sondern gleichermaßen angrenzende Felder wie den Rechtspopulismus oder den religiös aufgeladenen türkischen Nationalismus. Durch die Ereignisse im Jahr 2016 war die Veranstaltung hochaktuell.

Tagung »Ideen und Praxen der Ungleichheit« im VHS-Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum am 27. Oktober 2016.



Prof. Marianne Bechhaus-Gerst und Aaron Knappstein auf der Tagung »Wo fängt der Spaß an?« am 18. November 2016.

Die Tagung »Wo fängt der Spaß an?« griff das Thema Rassismus und Karneval auf. Im Mittelpunkt standen komplexe Fragen wie: Wo wird die Grenze der Freiheit des Gegenübers

überschritten und seine Würde verletzt? Welche Persiflage ist angebracht, um zu kritisieren, und wo ist sie verletzend und (re)produziert stereotype Bilder? Wo ist Brauchtum wichtig und richtig und wo gilt es, Veränderungsprozesse anzuregen? Beide Tagungen boten viel Diskussionsstoff, dem sich die ibs im Jahr 2017 weiter in Form von Vorträgen, Workshops und Gesprächen widmen wird.

» Steigerungen der Veranstaltungszahlen

Die Mitarbeiter/innen der ibs hielten insgesamt **41 Vorträge** beziehungsweise gaben Inputs bei Podiumsdiskussionen oder organisierten Abendveranstaltungen. Bei den Workshops gibt es neue Rekordzahlen zu vermelden: Neben **65 Workshops** über die ibs wurde über den Museumsdienst **62-mal der Workshop Rechtsextremismus im Rahmen des Geschichtslabors** gebucht. Diese enorme Nachfrage konnte nur mit Teamenden (freie Mitarbeiter/innen, mit denen die ibs schon länger zusammenarbeitet) bedient werden. Gemeinsam wurden im Jahr 2016 nun standardisierte dreistündige Workshops für Schulen und ein entsprechendes Buchungs-



Besuch einer Gruppe des Alfred-Müller-Armack-Berufskollegs in Köln am 16. Juli 2016.

verfahren entwickelt. Mit Unterstützung des Programms »NRWeltoffen«, dessen Koordinierung in Köln dem NS-Dokumentationszentrum obliegt und das im Jahr 2017 starten soll, können so weiterhin qualitativ gute Bildungsangebote entwickelt werden. Der Teamendenpool soll sich aber auch regelmäßig intern über Entwicklungen der extremen Rechten, die Auseinandersetzung mit Rassismus sowie die Lösungen von Problemen in der Durchführung von Workshops austauschen. Der ibs wird dann stärker eine koordinierende Rolle zukommen.

Weiterhin in den Händen der festen Mitarbeitenden der ibs bleiben die **Fortbildungen**, von denen es in diesem Jahr **30** gab. Die erneute Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ist stark auf das Projekt »Qualifizierung und Begleitung« zurückzuführen. Gefragt war neben allgemeinen Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus und Rassismus insbesondere



Die Sieger/innen des Filmwettbewerbs »Klappe auf« bei der Prämierung der Beiträge am 18. Dezember 2016 in Bergheim.

das »Argumentieren gegen rechte Sprüche«. Entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen wurden unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Kölner Flüchtlingsrat, Wohlfahrtsverbänden oder mit der Uni Köln angeboten.

Die Struktur der Info- und Bildungsstelle wurde 2016 **fünfzehnmal** vorgestellt – beispielsweise wenn Politiker/innen oder Multiplikator/innen das EL-DE-Haus besuchten oder wenn Mitarbeiter/innen von ähnlichen Einrichtungen wie dem NS-Dokumentationszentrum arbeitsbezogenes Interesse an der ibs und der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zeigten.

Insgesamt beteiligte sich die ibs an **sechs Tagungen** beziehungsweise Konferenzen. Hinzu kommen **drei Seminare** an der Universität zu Köln sowie **zwei weitere Formate**, wie die Beteiligung an der Jury zum Jugendfilmwettbewerb im Rhein-Erft-Kreis »Klappe auf! Ausgrenzung – nicht mit uns«. Die prämierten Videos wurden bei einem Premierenabend in Bergheim gezeigt. Insgesamt führte die ibs somit **224 Veranstaltungen** zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus durch oder war direkt an diesen beteiligt.

» Ein breites und buntes Netzwerk

Die ibs arbeitet mit allen zusammen, die die Leitziele der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus teilen. In den nunmehr neun Jahren seit Bestehen der ibs ist ein tragfähiges Netzwerk von unterschiedlichen Personen aus Initiativen, Politik, Bildungsträgern, Gewerkschaften und weiteren Organisationen entstanden. Die ibs begleitet Bündnisse wie »Köln stellt sich quer«, »Arsch Huh« oder »Köln gegen Rechts«

und steht auch Stadtteilbündnissen bei Bedarf zur Seite. 2016 wurde die Fortführung der Kampagne »Kein Veedel für Rassismus« beschlossen, mit der Stadtteilbündnisse zu Aktivitäten angeregt werden sollen. Mit dem »Verein EL-DE-Haus e.V.«, mit dem es zwischenzeitlich eine quasi »natürliche« Zusammenarbeit gibt, wurde das Projekt »Geflüchtete in Köln« entwickelt. Vor Ort sollen Sachkundige aus verschiedenen Organisationen, die mit Geflüchteten arbeiten, als Gesprächspartner/innen vermittelt werden. Mit dem Kölner Flüchtlingsrat und dem Forum »Willkommenskultur« gab es eine Reihe von Kooperationen, die auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Ebenfalls eine enge Zusammenarbeit gibt es mit der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V., mit der (gemeinsam mit anderen) eine Tagung unter dem Titel »Identitäten in der Migrationsgesellschaft«, eine Minitagung zu Verschwörungsideologien sowie im Rahmen einer bewährten Reihe des Kompetenztteams Köln in der Bezirksregierung eine Lehrer/innenfortbildung unter dem Titel »Rechtspopulismus im Aufwind. Wie kann eine Auseinandersetzung an Schulen aussehen?« durchgeführt wurden.

Langjährige Kooperationen gibt es mit der VHS Köln, dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf und dem Antidiskriminierungsbüro Köln des Vereins »Öffentlichkeit gegen Gewalt«. Mit diesen Partnern wurden die beiden Jahrestagungen der ibs organisiert – 2016 ergänzt durch eine intensive Arbeit von Mitarbeitern der Universität Köln und des Instituts für Islamwissenschaft der Universität Bern.



Antirassismus-Tag im Jugendkulturzentrum UFO am 16. Juni 2016.

Die gemeinsamen Veranstaltungen mit der Integrationsagentur des AWO-Bezirksverbands Mittelrhein oder der Melanchthon-Akademie können inzwischen ebenfalls schon als Tradition bezeichnet werden. Das Modul Demokratie mit dem Projekt »180°-Wende« sowie die »Demokratiewoche« mit dem AWO-Jugendkulturhaus »UFO« werden schon seit einigen Jahren in Zusammenarbeit mit der ibs angeboten.

Die ibs engagiert sich im »Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung«, in dem zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen mit städtischen Dienststellen und der Polizei zusammenarbeiten. Mit dem Kölner Forum zusammen wurde im März 2016 wieder der jährliche Internationale Tag gegen Rassismus gestaltet – in diesem Jahr bewusst auf dem Bahnhofsvorplatz. Eine enge Kooperation besteht auch mit »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« (SoR) in NRW, die sich unter anderem in der gemeinsamen Gestaltung des Landesschüler/innentreffens im Februar zeigte. Ein Höhe-



Interview mit Hans-Peter Killguss am 18. März 2016 anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus.



Der Comiczeichner Nils Oskamp und die Moderatorin Shanli Anwar beim Regionaltreffen von »Schule Ohne Rassismus« am 3. November 2016.

punkt ist jedoch zweifelsohne das jährliche Regionaltreffen, das eigentlich immer im NS-DOK beherbergt wird. Aufgrund des riesigen Zuspruchs musste 2016 jedoch in andere Räumlichkeiten ausgewichen werden. Wenn sich das Vorhaben des Hauses für Erinnern und Demokratie (s. S. 126), an dessen Projektierung die ibs mitwirkt, realisiert, können diese und andere gut besuchte Veranstaltungen (wie diverse Tagungen) auch wieder im EL-DE-Haus stattfinden.

2016 gab es in Köln wieder die über den Bund geförderte »Partnerschaft für Demokratie«. Über dieses vom Jugendamt und der AWO koordinierte Programm werden kleinere Projekte gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder für Willkommenskultur gefördert. Im Begleitausschuss ist die ibs vertreten; hieraus ergeben sich auch neue Netzwerkmöglichkeiten.

Als Partner für Veranstaltungen und Projekte, aber auch als Ansprechpartner für diverse Fragen zum Thema Rechtsextremismus wie auch für eine professionelle Verständigung über Vermittlungsformen standen etliche Kolleg/innen einer ganzen Reihe von Organisationen zur Verfügung. Neben den bereits erwähnten zählen dazu: Die NS-Dokumentation Völgelsang, das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA NRW), Dienststellen der Stadt Köln wie das Kommunale Integrationszentrum, der Integrationsrat der Stadt Köln, der DGB und ver.di, die Opferberatung Rheinland oder die Aussteigerberatung NinA (die wie die ibs auch im AK Ruhr mitarbeitet). Eine besonders enge Zusammenarbeit gibt es mit den Trägern Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW.

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IM REGIERUNGSBEZIRK KÖLN

Seit 2008 führt die ibs das Projekt »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln« durch. Hauptaufgabe ist die Beratung lokaler Akteure in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten und Strukturen vor Ort. Das Projekt Mobile Beratung wird seit 2015 durch das fünfjährige Programm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« des Bundesfamilienministeriums finanziert.

2016 war die Mobile Beratung insgesamt in **39 teilweise längerfristige Beratungsfälle** involviert. Davon entfielen 22 auf die Mobile Beratung und 17 auf den Bereich »Qualifizierung und Begleitung« (s. u.). Damit sind es für die Mobile Beratung nahezu ebenso viele Fälle wie im Vorjahr (2015: 24); im Bereich »Qualifizierung und Begleitung« haben sich die Fälle hingegen fast verdreifacht (2015: 6). Erstmals wurde zusätzlich 2016 mit der Zählung von **Einzel- oder Kurzberatungen** begonnen. Sie lag mit **32 Anfragen** ebenfalls sehr hoch. Unter diese Kategorie werden Beratungen gefasst, die meist per Mail oder Telefongesprächen bearbeitet werden. Oftmals bestehen sie aus einer Lageeinschätzung oder Informationsweitergabe.

Beratungsanfragen an die Mobile Beratung kamen in diesem Jahr von Schulen, Bündnissen, der Kirche, aus dem Bereich Sport und von Parteien. Dabei ging es unter anderem um

- » Neonazis und neonazistische Propaganda-Aktionen im öffentlichen Raum
- » Angriffe und Bedrohungen von Unterstützer/innen in der Flüchtlingsarbeit
- » rechte und rassistische Hetze in sozialen Medien
- » Initiierung und Unterstützung von Engagement und Vernetzung in Kommunen und Kreisen
- » Vorfälle mit extrem rechten Hintergrund an Schulen

Die einzelnen Beratungsfälle waren ungleich über den Regierungsbezirk Köln verteilt. Wie schon in den Vorjahren kam die große Mehrheit der Anfragen, nämlich zehn, aus der Stadt Köln, vier aus dem Rhein-Sieg-Kreis und jeweils zwei aus den Kreisen Rhein-Erft, Heinsberg und Oberberg. Damit sind auch 2016 neben der Stadt Köln wieder besonders die Kreise vertreten, in denen es eine enge Zusammenarbeit mit vor Ort aktiven Personen gibt. Nach wie vor befinden sich aber auch Regionen im Regierungsbezirk, dabei insbesondere ländliche, aus denen wenige bis keine Anfragen an die Mobile Beratung gerichtet werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es dort keine Problemlagen gibt, sondern ist eher in einer großen räumlichen Distanz zu Köln begründet. Anfragen aus dem Raum Aachen werden in der Regel von den dortigen Beratungsstrukturen (»Partnerschaft für Demokratie«, Aachen, und »Miteinander gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus«, Städteregion Aachen) übernommen. Mit beiden Stellen besteht eine enge Kooperation.



Besuch der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus am 16. Oktober 2016. Patrick Fels, Rana Aydin-Kandler, Werner Jung, Hans-Peter Killguss und Wilfried Klein, Leiter der Koordinierungsstelle.

» Fallbeispiele

Bereits Ende 2015 kontaktierte die Schulleiterin einer Realschule aus dem **Oberbergischen Kreis** die Mobile Beratung. In einem Klassenchat waren Nazi-propaganda-Bilder, darunter ein entzündetes selbstgebasteltes Hakenkreuz, aufgetaucht, einzelne Teilnehmer der Gruppe sprachen sich mit »Heil« an. Durch die Schulleitung wurde vermutet, dass die verantwortlichen Jugendlichen über einige ehemalige Schüler in lokale rechte Cliquen eingebunden sind. Die Fälle waren von anderen Schüler/innen gemeldet und von Eltern bereits zur Anzeige gebracht worden. Die Schulleitung gemeinsam mit dem Kollegium trat mit dem Wunsch nach einer Fortbildung mit Reflexionscharakter für alle Lehrer/innen der Schule und nach einem Infoabend für die Eltern sowie Workshops für die Klassen der Stufen 9 und 10 an die Mobile Beratung heran. Die einzelnen Veranstaltungen wurden zeitnah an der Schule durchgeführt und hatten insgesamt eine gute Resonanz. In der Fortbildung des Kollegiums zeigte sich, dass vielen der Lehrer/innen wenig über organisierte rechte Strukturen vor Ort bekannt war, gleichwohl konnten sie durch eigene Erfahrungen wichtige Ergänzungen zum Kenntnisstand der Mobilen Beratung beisteuern. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, inwiefern eine »russlanddeutsche« Herkunft für (extrem)

rechte Ansichten eine Rolle spielt bzw. inwieweit eine solche Charakterisierung in der 2. oder 3. Generation überhaupt noch eine Realität widerspiegelt. Der Infoabend für Eltern, an dem ausschließlich Mütter teilnahmen, war leider nur schwach besucht. Auch hier zeigte sich ein geringes Wissen über rechte Akteure vor Ort. Die Reaktionen blieben verhalten. Die Workshops für die sechs Klassen der Stufen 9 und 10 waren insgesamt erfolgreich. Es gelang, Schüler/innen in ihrer Auseinandersetzung mit rechten Parolen zu stärken und sie in ihrer Haltung zu bestätigen, entsprechende Inhalte zu melden. Die Urheber der Propagandabilder verhielten sich, wie häufig in vergleichbaren Situationen, während des Workshops zurückhaltend. Die Schulleitung zeigte sich mit der Arbeit der Mobilen Beratung sehr zufrieden.

Im **Rhein-Sieg-Kreis** gibt es seit einiger Zeit unterschiedliche Akteure der extremen Rechten, die mal vernetzt, mal unabhängig voneinander in Aktion treten. Dazu zählen die »Identitäre Aktion«, ein Kreisverband der NPD sowie kleinere Neonazigruppen und Einzelpersonen. Vor allem seit Ende 2014 nahmen Aktivitäten im Kreis stark zu. Hierbei spielte besonders die sich zuspitzende Diskussion um Flucht und Asyl eine verstärkende Rolle. Vielfach wurde versucht, Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen, Personen, die sich an der Unterstützung von Flüchtlingen beteiligten und rechter Hetze entgegengetreten wurden eingeschüchert und bedroht. Die Mobile Beratung berät seit vielen Jahren Personen und Organisationen im Kreis. Dabei wurde jedoch immer wieder deutlich, dass es zwar viele Menschen gibt, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, eine Vernetzung oder Bündelung aber nur begrenzt existiert. Im Nachgang von Gegenprotesten gegen eine AfD-Demonstration Anfang 2016 wurde ein Bündnis mit dem Namen »Bunter Rhein-Sieg-Kreis« gegründet. Zeitgleich wurde die Mobile Beratung gefragt, ob

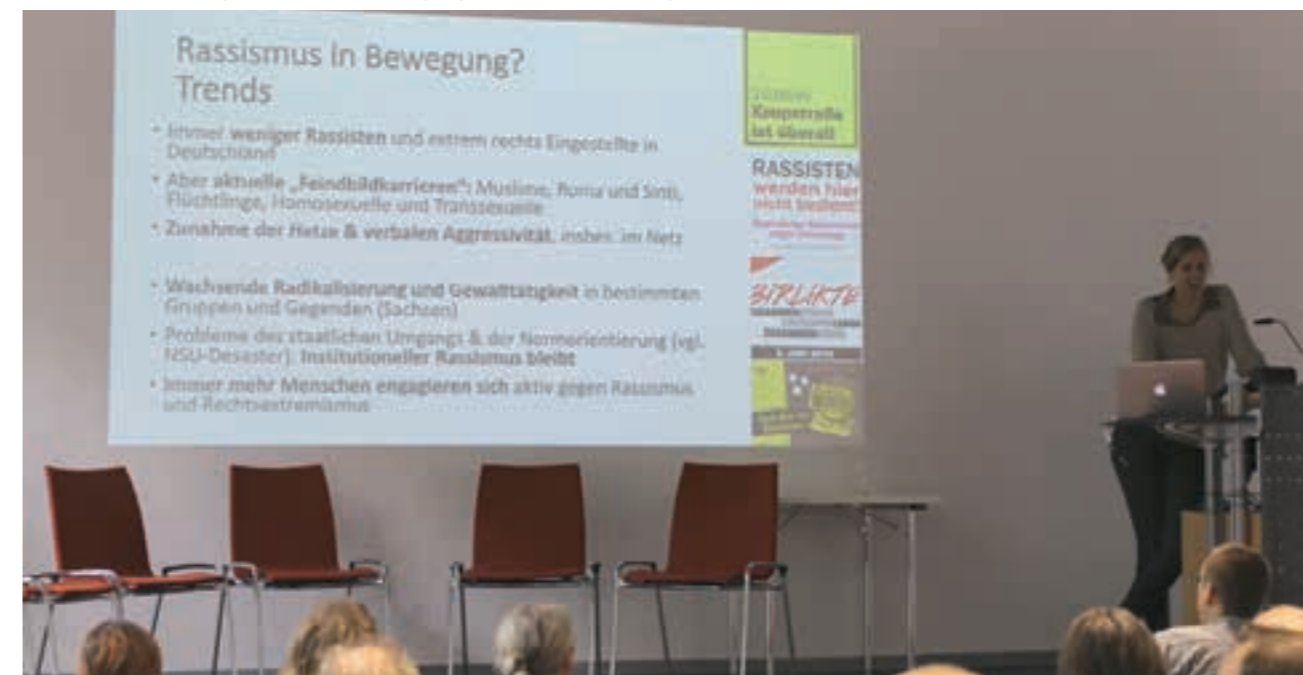
sie den Prozess einer stärkeren Vernetzung begleiten und unterstützen könnten. Dazu fand ein erster Austausch von interessierten Gruppen und Einzelpersonen statt. Das Treffen wurde von der Mobilen Beratung moderiert und durch einen Input eingeleitet. Mit diesem Zusammenkommen wurde ein wichtiger Grundstein für eine weitere Vernetzung gelegt, die 2017 weiterhin mit Unterstützung der Mobilen Beratung fortgeführt wird.

» Mobile Beratung auf Landesebene

Die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln ist auch auf Landes- und Bundesebene in Netzwerke eingebunden. Mehrmals im Jahr treffen sich die Mitarbeiter/innen der Mobilen Beratung aus allen fünf Regierungsbezirken in NRW zu Austausch und Diskussion über aktuelle Herausforderungen und die Ausgestaltung der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Das seit 2012 bestehende »Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus«, in dem neben der Mobilen Beratung sowohl staatliche Institutionen wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind, tagte 2016 viermal. Im Landesnetzwerk werden in Form von Fachgesprächen aktuelle Fragestellungen in einem breiten Kreis unterschiedlicher Akteure diskutiert. Dazu gehörte 2016 besonders die Umsetzung des am 10.05.2016 von der Landesregierung verabschiedeten Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus, an dessen Erstellung die Mobile Beratung aktiv beteiligt war.

Die jährliche Workshoptagung der Mobilen Beratung NRW »Dagegen...und dann...?!« fand 2016 an der Universität Duisburg-Essen statt. Auf der Tagung kommen zivilgesellschaftliche Bündnisse aus ganz NRW zusammen, um anhand eines Oberthemas Erfahrungen auszutauschen und sich weiter zu

Dr. Britta Schellenberg auf der Workshoptagung der Mobilen Beratung am 18. Juni 2016.



vernetzen. Das diesjährige Thema lautete »Rassismus in Bewegung. Was jetzt zu tun ist«. Im Zentrum der Tagung stand die Frage, ob bzw. wie Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte, »PEGIDA«-Demonstrationen, aber auch neue auftretende Parteien das gesamtgesellschaftliche Klima nach rechts gerückt haben, inwieweit ein »Rassismus der Mitte« wirkungsmächtig zu werden droht und vor allem, was sinnvolle Gegenstrategien dagegen sein können. In Vorträgen, Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen informierten sich 40 Personen und tauschten Erfahrungen aus.

2016 nahm Patrick Fels an einem über das Jahr verteilten mehrtägigen Aufbaukurs »Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus« teil. Ebenfalls besuchte er eine eintägige Fortbildung der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. zum Thema »Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft als Herausforderung der politischen Bildungsarbeit. Pädagogische und didaktische Perspektiven für MultiplikatorInnen«. Alle Teams der Mobilen Beratung NRW nahmen 2016 an zwei Supervisionsterminen teil, in denen sie intensiv ihre Arbeit reflektierten.

» Qualifizierung und Begleitung

In Ergänzung zur »Mobilen Beratung« führt die ibs seit 2013 das durch das Land geförderte Projekt »Strukturoptimierung von Institutionen, Organisationen und Einrichtungen für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus« durch. 2015 wurde es unter neuem, jedoch nicht weniger komplizierten Titel fortgeführt: »Qualifizierung und Begleitung von Institutionen, Organisationen und Einrichtungen für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus«. Konkret bedeutet dies, dass sich neben der anlassbezogenen Beratungstätigkeit nun auch Möglichkeiten bieten, stärker anlassunabhängige und präventive Ansätze zu realisieren. Dies geschieht beispielsweise in Form von (längeren) Seminaren und Fortbildungsreihen. 2016 gelang es, den bisher über Honorarmittel bezahlten Mitarbeiter Ilja Gold als städtischen Angestellten einzustellen, dessen Stelle über Landesmittel bezahlt wird.

Die im Jahr 2014 begonnenen Fortbildungsmaßnahmen mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege wurden auch 2016 weitergeführt und ausgebaut. Neue Kooperationen kamen hinzu. Wie auch 2015 lag der Schwerpunkt in den Bereichen Rassismus und Diskriminierung und den Fragen nach einer Auseinandersetzung mit entsprechenden Sprüchen und Parolen. So wurde die Fortbildungsreihe mit dem »Sozialdienst Katholischer Männer e.V.« in Köln zum Umgang mit Rassismus im Beratungskontext und der Jugendsozialarbeit fortgeführt. Im Bereich der Arbeit mit Geflüchteten startete eine neue Kooperation mit dem »Malteser Hilfsdienst e.V.« im Erzbistum Köln.

Der Fokus liegt dabei auf dem Umgang mit rassistischer Hetze gegen Flüchtlinge und mit Anfeindungen im Kontext von ehrenamtlicher Arbeit. In Veranstaltungen an verschiedenen Standorten konnten bereits haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende der Malteser geschult werden. Eine weitere Fortbildungsreihe wurde mit dem »Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V.« im Bereich der Jugendsozialarbeit initiiert, die 2016 vor allem die Themen extrem rechte Jugendkultur(en) und lokale Neonazistrukturen zum Inhalt hatte.

Auch 2016 war die Mobile Beratung Köln wieder im Bereich Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD) tätig. So wurde beispielsweise mit Mitarbeitenden des Arbeitsbereichs FSJ/BFD des »Diakonischen Werks Rheinland Westfalen Lippe e.V.« eine Fortbildung zum Thema »Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung im Freiwilligendienst« durchgeführt. Auch fanden wieder Seminare zur Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung in sozialen Einrichtungen mit Personen im FSJ und BFD statt – so auch mit Freiwilligen des »DRK Kreisverband Köln e.V.« und der Technischen Jugendfreizeit- und Bildungsgesellschaft.

Neben den Kooperationen mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege nahm 2016 die Arbeit mit Kommunen eine zentrale Rolle ein. So führte die Mobile Beratung Köln beispielsweise verschiedene Veranstaltungen mit der Sport-, Kultur- und Jugendförderung der Stadt Bergheim durch. Hierbei konnten sich Mitarbeitende unterschiedlicher Behörden und freier Träger sowohl zum Thema extreme Rechte als auch zu den Themen Rassismus und Diskriminierung weiterbilden. Zudem suchten verschiedene Kreise im Regierungsbezirk Köln die Mobile Beratung auf, um sich hinsichtlich der Bewerbung auf das neue Förderprogramm des Landes NRW (NRWetoffen) zur Erstellung eines lokalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus beraten zu lassen.

Weitere Qualifizierungsmaßnahmen führte die Mobile Beratung Köln mit Mitarbeitenden von berufsvorbereitenden Einrichtungen in Bonn und im Rhein-Erft-Kreis durch. Die Schwerpunkte lagen dabei auf Erscheinungsformen und lokalen Strukturen der extremen Rechten und dem Umgang mit rassistischen Sprüchen und Parolen. Zusätzliche Veranstaltungen im Rahmen des Projekts »Qualifizierung und Begleitung« fanden beispielsweise mit Schulen, Volkshochschulen, Universitäten und Fachhochschulen, mit Parteien und Gewerkschaften, mit Auszubildenden von Unternehmen und des Bundesverwaltungsamtes sowie mit Personen aus der Jugendsozialarbeit statt. Aus einem längeren Begleitungsprozess mit Sozialarbeiter/innen des Oberbergischen Kreises ist eine neue Broschüre zum pädagogischen Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen entstanden, die im September 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.



BIBLIOTHEK